

den die Entwicklung der Wirtschaft (XNA, 5.2.98).

Auf das chinesisch-japanische Verhältnis eingehend, wiederholte Chi die schon vom einstigen Generalsekretär Hu Yaobang geforderte Entwicklung „langfristiger und strategischer Beziehungen, die mit Blick auf das 21. Jahrhundert gestaltet“ werden müßten. Wünschenswert sei eine ständige Zusammenarbeit zwischen der chinesischen VBA und der japanischen Selbstverteidigungsarmee sowie zwischen Chinas Landesverteidigungsuniversität und dem japanischen Nationalinstitut für Verteidigungsstudien. -we-

4 Der Rüstungsstand in China

Beim XV. Parteitag (12.-18. September 1997) hatte Jiang Zemin angekündigt, daß die VBA in den nächsten drei Jahren um weitere 500.000 Soldaten reduziert werden solle. Damit kam erneut die Frage nach dem quantitativen und nach dem qualitativen Stand der VBA auf:

Bis zum XV. Parteitag konnte man im Westen bei den aktiven Truppen von einer Stärke von 2,9 Mio., von Reservetruppen in Höhe von 1,2 Mio. und zusätzlich von umfangreichen Milizeinheiten ausgehen.

Dies sind aber, wie gesagt, westliche Schätzungen, da die chinesische Führung den genauen Personenstand bis jetzt immer noch wie ein Staatsgeheimnis behandelt.

Immerhin gab die VBA am 7. Februar ein Zahlenwerk heraus, das die Abrüstungsintention der VRCh verdeutlichen sollte: In den 49 Jahren seit Gründung der Volksrepublik sei die VBA in bisher acht Runden um nahezu 7 Mio. Mann reduziert worden, heißt es (XNA, 7.2.98). Die Ankündigung Jiang Zemins vom September 1997 leite in den nächsten drei Jahren die neunte Kürzungsrunde ein.

Der erste Abrüstungsschritt sei Ende 1950 erfolgt, als die VBA um 17,1% auf 5,5 Mio. Mann zurückgeschnitten wurde. Im Zuge der „Kampagne gegen die US-Aggression und zur Hilfe für Korea“ von 1951 seien die Truppen jedoch wieder aufgestockt worden, und zwar auf 6,1 Mio. Mann.

Der zweite Abrüstungsschritt sei jedoch bereits im Januar 1952 eingeleitet worden und habe zu einer Reduktion der Truppen auf 3 Mio. Mann geführt. Auch der Führungsapparat und der Offiziersbestand sei-

en damals mindestens um ein Drittel gekürzt worden, wobei zahlreiche lokale Einheiten und Kommandanten überstellt wurden und ein Teil der entlassenen Offiziere an militärische Hochschulen überwiesen wurde.

Die dritte Abrüstungsrunde habe 1953 (- 23,3%) und die vierte 1957 (-33%) stattgefunden.

Träfen diese Angaben zu, wären die chinesischen Streitkräfte 1953 bereits auf 2,3 Mio. und 1957 gar auf nur noch 1,53 Mio. zurückgeschnitten worden – also etwa auf die Hälfte jener Stärken, wie sie das Londoner Institute for Strategic Studies errechnet hatte.

Eine fünfte Runde sei durch „berächtliche“ Schnitte bei der Infanterie, bei den Pionieren und beim Eisenbahnkorps gekennzeichnet gewesen. Schließlich hätten 1978, 1980 und 1985 noch eine sechste, eine siebte und eine achte Abrüstungsrunde stattgefunden, durch die zusammengenommen eine weitere Million aus der VBA herausgenommen worden sei.

Diesen Angaben nach dürfte es jetzt also nur noch rund 500.000 Soldaten geben, die, wenn die Zielangaben Jiang Zemins für die nächsten drei Jahre realisiert werden, die Zahl der VBA praktisch auf Null reduzieren würde!

Angaben dieser Art sind nicht gerade dazu angetan, der VBA-Berichterstattung ein Zeugnis von Seriosität auszustellen, zumal bei einer Null-Lösung ja auch andere Ankündigungen Jiang Zemins, nämlich über die Neugestaltung der Führungsverhältnisse, sinnlos wären: wo es keine Armee mehr gibt, braucht auch keine neue Führungsorganisation aufgezo-gen zu werden!

Es empfiehlt sich also, letztlich doch wieder auf die „konservative“ Schätzung des ISS zurückzugreifen und mit der Pauschalzahl von 3 Mio. Mann zu operieren, die dann ja auch in der Tat eine Verschlangung um 500.000 Mann gut vertragen könnten.

Und die neue Führungsstruktur? Hier geht es darum, vor allem die „Sieben Militärregionen“ sowie die „Drei Allgemeinen Abteilungen“, d.h. den überkommenen Generalstab, die Logistische Abteilung und die Allgemeine Politische Abteilung abzuschaffen und sie durch das amerikanische „joint staff system“ (*lianqin zhi*) zu ersetzen. Dies hätte den Vorteil, daß die alte „Bergfestungsmentalität“ (*shantouzhu yu*), d.h. der notorische Krieg

zwischen den einzelnen Abteilungen aufgehoben und die Voraussetzungen für eine bessere Zentralisierung der VBA geschaffen würden. Das von der früheren UdSSR übernommene Armeeschema sei inzwischen veraltet und müsse durch das Modell einer modernen und schlagkräftigen militärischen Truppe ersetzt werden, weshalb auch eine quantitative Reduzierung vonnöten sei.

Zweitens solle ein „joint duty system“ nach amerikanischem Muster eingeführt werden. Unter dem Oberkommando des Verteidigungsministeriums und des ZK-Militärausschusses soll demnach ein „Joint Chiefs of Staff Council“ errichtet werden. Die Einheiten sollen nicht mehr lokal (Militärregionen, Militärprovinzen), sondern funktional aufgebaut werden, nämlich als Armee, als Luftwaffe, als Marine und als „Spezialeinheiten“, wobei jede dieser Einheiten direkt unter dem Kommando der „Joint Chiefs of Staff“ stehe.

Diese Neuformierung könnte allerdings beträchtlichen Widerstand vor allem bei jenen Offizieren auslösen, die in den nächsten drei Jahren im Zuge der Reduktion aus der Armee entlassen werden. Die Führung wird sich überlegen müssen, wie sie die betroffenen lokalen Offiziere zufriedenstellt (Bericht in der Hongkonger *Sing Tao Jih Pao*, in SWB, 21.2.98). -we-

Innenpolitik

5 2. Plenartagung des XV. Zentralkomitees der KPCh: Personaländerungen und Rationalisierung der Staatsorgane beschlossen

Vom 25. bis zum 26. Februar trat das XV. Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) zu seiner 2. Plenartagung zusammen. An der Tagung nahmen 192 Mitglieder des ZKs sowie 149 ZK-Kandidaten teil. Das Politbüro nahm den Vorsitz der Tagung ein. Dem Kommuniqué der Tagung zufolge wurden folgende Punkte behandelt:

- Prüfung und Genehmigung der Namensliste für die Führungspersonen der Staatsorgane, die zuvor vom Politbüro ausgearbeitet worden war und dem IX. Nationalen Volkskongreß (NVK)

bei seiner ersten Sitzung im März 1998 vorgelegt wird.

- Genehmigung der Namensliste für die Führungspersonen des Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV), die ebenfalls dem IX. Nationalkomitee der PKCV bei seiner ersten Sitzung im März 1998 vorgelegt wird.
- Betonung der neuen Leitlinie des XV. Parteitag, der Beibehaltung der Deng-Xiaoping-Theorie und des Fortschreitens beim Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung bis ins 21. Jahrhundert hinein.
- Gewichtung des NVK-Systems als grundlegendes politisches System Chinas, das unter der Führung der Partei die Gesetzgebung verbessern und einen sozialistischen Staat, der auf Gesetzen basiert, fördern soll.
- Durch eine umfassende Reform der Staatsorgane soll ein effizientes, aufeinander abgestimmtes und einheitliches Verwaltungssystem entstehen, das dem System der sozialistischen Marktwirtschaft gerecht wird.

Die Namenslisten für den NVK und für die PKCV wurden nicht veröffentlicht.

Nach den Angaben der Hongkonger Zeitschrift *Zheng Ming* lieferten sich auf der Erweiterten Sitzung des Politbüros bei der Aufstellung der Namenslisten Jiang Zemin auf der einen und Qiao Shi, Zhu Rongji sowie Hu Jintao auf der anderen Seite „Wortgefechte“ (*shezhan*). Die Teilnahme Qiao Shis, Liu Huaqings, Zou Jiahuas sowie Wang Hanwus an dieser Sitzung war auf der 1. Plenartagung des XV. ZKs der KPCh beschlossen worden. Bei dieser Erweiterten Sitzung nun sollen Qiao Shi und Zhu Rongji hervorgehoben haben, daß es „unpassend“ (*bu shiyi*) sei, wenn Sekretäre des ZK-Sekretariats gleichzeitig Ämter als stellvertretende Premierminister, Staatskommissare oder stellvertretende Vorsitzende des NVKs einnehmen. Hiermit richteten sie sich gegen Jiangs Wunsch, Huang Ju, Xie Fei und Jia Qinglin zusätzlich zu ihren Positionen in der Partei auch noch in den Staatsrat zu wählen. (ZM, 3/98, S. 6-7)

Die endgültige Besetzung der Positionen wird erst im März nach Beendigung des NVK bekannt werden.

Sie wird auch Aussagen über die momentane Machtverteilung der einzelnen Mitglieder zulassen und zudem zeigen, ob Qiao Shi nicht doch weiterhin Einfluß auf die politischen Prozesse nehmen kann.

Auf seiner 30. und letzten Sitzung prüfte der Ständige Ausschuß des VIII. NVK am 27. Februar die Namenslisten und nahm sie an. Die Delegierten des VIII. NVK bestätigten, daß die 2.980 Abgeordneten für den IX. NVK gemäß den gesetzlichen Vorschriften auf den entsprechenden Wahlen in den Provinzen, autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städten im Dezember 1997 und Januar 1998 gewählt worden waren. Weiteres Thema der Sitzung war die Genehmigung eines Antrags des Staatsrats, wodurch das Finanzministerium nun Schatzanweisungen (*treasury bonds*) in Höhe von 270 Mrd. Yuan (ca. 33 Mrd. US\$) zur Unterstützung von Staatsbanken ausgeben darf. (Xinhua, 27.2.98, nach SWB, 28.2.98, XNA, 1.3.98)

Eine Statistik der Nachrichtenagentur Xinhua zeigte die Zusammensetzung der Abgeordneten. Demnach sind 563 der Abgeordneten Arbeiter oder Bauern, 628 Intellektuelle und 988 Beamte. 2.130 Delegierte sind Mitglieder der KPCh, 160 dagegen Mitglieder nichtkommunistischer Parteien und 268 kommen aus den Reihen der Nationalen Volksbefreiungsarmee (NVA). Die SVR Hongkong stellt 36 Abgeordnete und 37 sind zurückgekehrte Auslandschinesen. Die 55 ethnischen Minderheiten sind durch 128 Abgeordnete vertreten. 650 der Delegierten sind Frauen. (XNA, 28.2.98) -su-

6 Busexplosion in Zentralchina: Arbeiterprotest oder Druckmittel muslimischer Untergrundkämpfer

Am Morgen des 14. Februar 1998 explodierte in der Innenstadt der zentralchinesischen Stadt Wuhan, Provinz Hebei, ein Bus. Die Detonation war so stark, daß noch Fensterscheiben in über 100 Metern Entfernung zerstört wurden. Angaben zur Zahl der Todesopfer schwanken zwischen 16 und 30; über 30 Menschen wurden verletzt, fünf weitere Fahrzeuge wurden zerstört.

Die städtischen Behörden verhängten sofort eine Nachrichtensperre, und erst die Abendnachrichten berichteten über das Ereignis. Offizielle Angaben zur Ursache der Explosion wurden

nicht gemacht. Von der Vielzahl der Spekulationen verhärtete sich die Ansicht, daß den Bombenanschlag eine der folgenden zwei Tätergruppen verübt haben könnte: Arbeitslose oder muslimische Separatisten.

Die marode Lage der Staatsbetriebe und der Staatsbanken hatte in den letzten zehn Monaten zum Ausbleiben von Gehältern und zu Massenentlassungen geführt. Betroffene Arbeitnehmer hatten aus diesem Grunde Demonstrationen organisiert und in einigen Städten auch versucht, Anschläge zu verüben. Deshalb werden unzufriedene Arbeitnehmer oder Arbeitslose als Attentäter in Betracht gezogen. Nach der Explosion erhielten die lokalen Kader von der Zentralregierung die Anweisung, den Ärger der Arbeitnehmer und Arbeitslosen ernstzunehmen sowie jedes Anzeichen für bedrohliche Aktivitäten nach Beijing zu melden. (NZZ, 16.2.98; SCMP, 19.2.98)

In der Hongkonger Zeitung *Ming Bao* wird der Verdacht einiger Beobachter, muslimische Separatisten hätten eine Bombe gezündet, folgendermaßen begründet:

1. Der Zeitpunkt lasse auf einen Zusammenhang mit dem Jahrestag der blutigen Ausschreitungen in Yining im letzten Jahr schließen, bei denen neun Menschen getötet und 198 verletzt worden waren (vgl. C.a., 97/2, Ü 13).

2. Busbombenattentate seien eine Methode muslimischer Extremisten, denen beispielsweise am 25. Februar 1997 in Urumqi neun Tote und 74 Verletzte und kurz darauf zur Zeit der jährlichen Tagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) im Beijinger Stadtteil Xidan zehn Verletzte zum Opfer gefallen seien.

3. Eine von der Türkei aus agierende Gruppe von Separatisten, die im Nordwesten Xinjiangs eine „Republik Ost-Turkistan“ errichten wolle, kündige regelmäßig Anschläge für Xinjiang und andere Teile Chinas an, die sich gegen die chinesische Herrschaft richteten. (*Ming Bao*, 15.2.98, nach SWB, 17.2.98)

Nach den Unruhen in Xinjiang im letzten Jahr hatten die Sicherheitsbehörden die Vorsichtsmaßnahmen im Westen Chinas sowie in Beijing seit den Feierlichkeiten zum Frühlingsfest Ende Januar 1998 bereits beträchtlich verstärkt. Ein Gerücht, 20 „Xinjiang Separatisten“ seien Ende Januar 1998 von einem Ausbildungscamp aus der Türkei in die VR China zurückgekehrt, hatte das Ministeri-

um für Öffentliche Sicherheit und das Ministerium für Staatssicherheit bereits vor einem Monat veranlaßt, alle zuständigen Behörden der betroffenen Provinzen in Alarmbereitschaft zu versetzen. Daß das Bombenattentat nicht in Xinjiang oder Beijing geschah, spricht allerdings gegen den nach regionaler Sezession strebenden Täterkreis. Zudem haben Teile der Bewegung „Unabhängigkeit für Xinjiang“ die Beschuldigungen bestritten. (IHT, 5.2.98; SCMP, 5.2.98; FAZ, 16.2.98) -su-

7 „Nationale Separatisten und illegale religiöse Aktivitäten“ Hauptbedrohungen für Stabilität in Xinjiang

Auf den ersten Sitzungen des VIII. Regionalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes am 15. Januar 1998 und des IX. Volkskongresses der Autonomen Region Xinjiang am 19. Januar 1998 hoben der Parteisekretär Xinjiangs, Wang Lequan, sowie der in seinem Amt als Vorsitzender des Volkskongresses der Autonomen Region Xinjiang wiederbestätigte Ablait Abdurexit hervor, daß neben den Wirtschaftsreform-Maßnahmen und der Verbesserung des Rechtssystems die Bekämpfung des „ethnischen Separatismus und illegaler religiöser Aktivitäten“ den Schwerpunkt der Regierungsarbeit bilden müsse.

Wang äußerte, daß der Grund für die instabile gesellschaftliche Lage in Xinjiang eine geschwächte Aufmerksamkeit einiger Organisationen, Parteimitglieder und Kader sei, die sich nicht mehr „ganz dem Kampf gegen nationale Separatisten und illegale religiöse Aktivitäten“ gewidmet hätten. Da die Primärorganisationen der Partei (Parteizellen und -komitees in Dörfern, Gemeinden, Betrieben etc.) die Basis für Xinjiangs Stabilität bildeten, müßten folgende Schritte unternommen werden:

1. Intensivierung der ideologischen und politischen Schulung der Parteimitglieder.
2. Verstärkter Aufbau von Parteikomitees auf Gemeinde- und Stadtebene.
3. Verstärkter Aufbau von Parteizellen in den Dörfern.
4. Förderung des Aufbaus anderer, unterstützender Organisationen.
5. Förderung der ökonomischen Entwicklung als Basis für den Ausbau der politischen Strukturen in städtischen und ländlichen Gebie-

ten. (*Xinjiang Ribao*, 13.1.98, nach SWB, 17.2.98)

Erste Schritte in diese Richtung veranlaßte die Zentralregierung bereits 1997 nach den Attentaten in Yining und Beijing. In Xinjiang gründeten die örtlichen Behörden 2.600 Arbeitsgruppen, die in größeren Gemeinden und Dörfern lokale Kader bei ihrer Arbeit „unterstützen“. Zudem kamen 240 neue Polizeistationen hinzu, so daß nun jede Gemeinde eine Station hat. (*Xinjiang Ribao*, 24.1. und 5.2.98, nach SWB 21. und 28.2.98) -su-

8 Staatsrat gibt Weißbuch über Menschenrechte in Tibet heraus

Das Informationsbüro des Staatsrats hat am 24.2.1998 ein weiteres Weißbuch über Tibet unter dem Namen „Neuer Fortschritt der Menschenrechte in Chinas Autonome Region Tibet“ (*Xizang zizhiqu renquan shiye de xin jinzhang*) herausgegeben. Den Text, der ca. 12.000 Zeichen umfaßt, veröffentlichte das Parteiorgan der KPCh, die *Volkszeitung*, sowie auf englisch die Nachrichtenagentur Xinhua. Später soll die Schrift in Form eines Buches in verschiedenen Sprachen, unter anderem auf deutsch, japanisch und tibetisch, veröffentlicht werden.

Bereits im November 1991, August 1992, September 1992 und Oktober 1997 waren Weißbücher über die Menschenrechtssituation in China erschienen (vgl. C.a. 91/11, Ü 8, 92/, Ü 29, 92/9, Ü 15, 79/10, Ü 8). Mit der Situation speziell in Tibet befassen sich allerdings nur das dritte und dieses neue, fünfte Weißbuch. Alle fünf Bücher richten sich an das westliche Ausland, das regelmäßig Vorwürfe gegen Chinas Menschenrechts- und Tibetpolitik erhebt.

In vier Kapiteln wird in einer Mischung aus umfangreichem Zahlenmaterial und sozialistischer Polemik nach einer kurzen Einleitung auf

1. „Das ethnische regionale Autonomiesystem und die politischen Volksrechte“
2. „Die wirtschaftliche Entwicklung und die Menschenrechte“
3. „Die Rechte auf Ausbildung, Kultur und Gesundheitsversorgung, die das Volk genießt“ und
4. „Das Recht auf Freiheit im religiösen Glauben“

eingegangen.

Nicht ganz so ausführlich wie im September 1992 wird in der Einleitung die nicht unbestrittene Souveränitätsfrage über Tibet dadurch legitimiert, daß es seit seiner offiziellen Eingliederung in die – fremdvölkische – Yuan-Dynastie Mitte des 13. Jahrhunderts ein untrennbarer Teil Chinas sei. Das „fleißige und ehrbare“ tibetische Volk habe als ein Mitglied der großen multiethnischen Familie Chinas“ wichtige Beiträge zur Entwicklung der „glorreichen chinesischen Zivilisation“ sowie zur Einheit und Einigung des Vaterlandes erbracht. Euphemistisch werden die strikten und nicht selten gewaltsamen Herrschaftsmethoden seit Ende der fünfziger Jahre als „demokratische Reformen“ bezeichnet, die in Tibet „die Gesellschaft der feudalistischen Sklaverei“ beendet habe. Die Diener und Sklaven, die 95% der Bevölkerung ausgemacht haben sollen, hätten unter diesem System keine persönliche Freiheit besessen und seien in ihren grundlegenden Menschenrechten beschnitten worden. Die „demokratischen Reformen“ hätten dieses System abgeschafft, und in Tibet habe eine neue gesellschaftliche Entwicklung begonnen, die Fortschritte in den Menschenrechten erzielte. Um sich ein Urteil über die Menschenrechtssituation in Tibet machen zu können, liefere der Text die notwendigen Fakten über den Fortschritt der Menschenrechte seit 1992.

Im ersten Kapitel wird das System der „Ethnischen regionalen Autonomie“ erklärt, das in Gebieten mit großen Minderheitengruppen eine grundlegende Politik der chinesischen Regierung zur Lösung von ethnischen Problemen sei. Die Autonome Region Tibet ist offiziell 1965 gegründet worden. Die Bevölkerungszahl liegt inzwischen bei 2,44 Mio., von denen nach offiziellen Angaben 95% ethnische Tibeter sind. Organe der selbständigen Regierung sind der Regionale Volkskongreß und die Regionale Volksregierung. Alle Angelegenheiten, die Justiz, Sprache, Personalentscheidungen, Wirtschaft, Finanzen, Ausbildung, Kultur, Erschließung von Rohstoffen u.a. betreffen, regelten diese Institutionen selbständig. Das Weißbuch versucht die angebliche Selbständigkeit der tibetischen Regierung durch die Angabe zu untermauern, daß zwischen 1965 und 1992 60 lokale Gesetze und Bestimmungen und seit 1992 65 weitere ausgearbeitet wurden.

In diesem Zusammenhang steht ein Überblick über die Verteilung von Tibetern in Regierungspositionen. Demnach seien die bisherigen vier Vorsit-

zenden des Ständigen Ausschusses des Regionalen Volkskongresses sowie die fünf Vorsitzenden Tibets ohne Ausnahme Tibeter gewesen. Darüber hinaus seien auf regionaler Ebene ca. zwei Drittel der Führungspositionen mit ethnischen Tibetern und Angehörigen anderer Minderheiten besetzt, auf den unteren Ebenen seien es sogar ca. 90%. Dies gelte auch für den Justizapparat. Auf nationaler Ebene seien im neuen IX. Nationalen Volkskongreß (NVK) 20 Tibeter (Gesamtzahl der Delegierten: 2.980) vertreten. Ein „Lebender Buddha“, Pagbalha Geleg Namgyai, sei sogar Stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des VIII. NVK gewesen.

Alle offiziellen Dokumente würden sowohl tibetisch als auch chinesisch abgefaßt. Gerichtsverfahren, in die ethnische Tibeter verwickelt seien, würden bilingual geführt. Zeitschriften, Zeitungen sowie Radio- und Fernsehstationen veröffentlichten bzw. sendeten sowohl auf tibetisch als auch auf chinesisch; tibetische Akademiker und Künstler dürften ihre Arbeiten in ihrer eigenen Sprache veröffentlichen.

Seit Ende der fünfziger Jahre hätten alle Einwohner Tibets aufgrund der „demokratischen Reformen“ nach Vollendung des 18. Lebensjahres Wahlrecht erhalten. Die durchschnittliche Beteiligung bei Wahlen liege bei etwa 90%.

Im zweiten Kapitel wird angegeben, daß die gute Wirtschaftsentwicklung eine Erhöhung des BSPs im Vergleich zu 1991 um 96,6% zur Folge gehabt habe. Vor allem in der Landwirtschaft seien große Zuwächse erzielt worden. Investiert habe die Zentralregierung besonders in die Infrastruktur und die Telekommunikation. Seit 1994 seien 62 Projekte mit insgesamt 3,66 Mrd. Yuan finanziert worden. (Im Vergleich dazu werden für das umwelt- und finanzpolitisch umstrittene Drei-Schluchten-Projekt über 200 Mrd. Yuan ausgegeben.

Das jährliche Einkommen der städtischen Einwohner sei auf 5.030 Yuan und das der Landbevölkerung auf 975 Yuan gestiegen. Dies entspricht fast dem Landesdurchschnitt von 5.130 bzw. 1.040 Yuan.

Das dritte Kapitel hebt hervor, daß die regionalen Behörden vornehmlich die Schulbildung gefördert hätten. 1997 gingen demnach 78,2% der schulpflichtigen Kinder zur Schule, 1991 sollen es nur 32,6% gewesen sein. Die Analphabetenrate soll seit 1951 um 41% gefallen sein.

Großen Wert habe die Zentralregierung auf die Erhaltung der traditionellen tibetischen Kultur gelegt. In über 50 Instituten würde zu tibetischer Geschichte, Literatur, Medizin oder Religion gearbeitet. Auch die Bewahrung des Tibetischen fördere die Regierung.

Für eine medizinische Versorgung gäbe es inzwischen 1.324 Einrichtungen. Diese hätten unter anderem dazu beigetragen, daß nun 50% der Kinder medizinisch versorgt werden könnten und die Sterberate bei Kindern von 91,8% im Jahr 1989 auf 55,21% gesunken sei.

Im letzten Kapitel wird angeführt, daß es in Tibet 1.787 Einrichtungen und Klöster gebe, in denen 46.380 buddhistische Mönche und Nonnen lebten. Seit den 80er Jahren investierten die Behörden stark in die Restaurierung bekannter Klöster und Kultstätten. Gezielt wird darauf hingewiesen, daß die Regierungsbehörden Gläubige und Glaubensgemeinschaften wie alle anderen Menschen behandelten und die Tempel und Klöster ihre Institutionen selbständig leiten könnten. (RMRB, 25.2.98, S. 2-3; XNA, 25.2.98)

Ein Kommentar der *Neuen Zürcher Zeitung* wirft dem Text vor, daß er neben der Flut von Zahlen kein Wort über die Durchführung der „demokratischen Reformen“ verliert. Diesen Reformen oder auch „friedlichen Befreiung“ seien viele zum Opfer gefallen, und Tempel und Klöster sowie lamaistische Kulturgüter seien massiv zerstört worden. Auch gehe der Bericht nicht auf die eineinhalbjährige politische „Zuverlässigkeitsprüfung“ für Mönche und Nonnen ein.

Die Art und Weise der Umstrukturierung Tibets bestätigt auch der Bericht des 10. Panchen Lamas aus dem Jahr 1962, den das Londoner Tibet Information Network erst im Februar 1998 veröffentlicht hatte. Hierin beschreibt der Lama, daß von den 2.500 Klöstern 1962 nur noch 70 erhalten geblieben waren und die Zahl der Mönche von 110.000 auf 7.000 gesunken war. (NZZ, 27.2.98; SCMP, 12.2.98)

Zweifelhaft ist, ob die Erhaltung der Kulturgüter in Tibet nicht eher darauf abzielt, eine lukrative Einnahmequelle für die Tourismusbranche zu schaffen.

Mit Hilfe des Weißbuchs versucht die chinesische Regierung, die verbesserte Menschenrechtssituation in Tibet darzustellen. Eine grundsätzliche Verbesserung der Lebensumstände und des Lebensstandards kann nicht ernsthaft angezweifelt werden.

Trotz seiner umfangreichen und detaillierten Darstellung liefert das Weißbuch nicht genügend Informationen, um einen wirklichen Einblick in die chinesische Menschenrechtspolitik in Tibet zu geben. Einzelne Ausführungen über die Lage der ethnischen Tibeter gibt es nicht. Die ausschließlich positive Darstellung der chinesischen Tibetpolitik führt sicher nicht dazu, daß kritische Chinabeobachter auf der Grundlage dieses Weißbuchs ihre Einstellung zu dieser Sache ändern. -su-

9 Drei hochrangige amerikanische Geistliche zu Besuch in China – Gespräche mit Führungspersonen über Religionsfreiheit

Zum ersten Mal besuchte eine Delegation hoher geistlicher Führungspersonen aus den USA die VR China. Unter der Leitung von Rabbi Arthur Schneider, Präsident der Stiftung Berufung des Gewissens (Appeal of Conscience Foundation), Erzbischof Theodore McCarrick von der Katholischen Erzdiözese Newark (Catholic Archdiocese of Newark) und Pastor Don Argue, Präsident der Nationalen Gesellschaft der evangelischen Kirchen (National Association of Evangelicals) bereiste die Delegation vom 10.-28. Februar Beijing, Nanjing, Shanghai, Chengdu, Lhasa und Hongkong. Grund ihres Besuches war, sich einen Überblick über den Stand der Religionsfreiheit bzw. der religiösen Verfolgung in China zu verschaffen. Jiang Zemin hatte diesen Besuch bei dem Gipfeltreffen in Washington im letzten Oktober angeregt. Das Chinesische Volksinstitut für Auswärtige Angelegenheiten organisierte die Reise. Die ausländische Presse war von der Reise ausgeschlossen.

Nach eigenen Angaben kamen die drei als „Freunde, nicht als Kritiker oder Ermittler“ nach China. Während ihres Aufenthaltes trafen sie nicht nur Regierungsbeamte, sondern auch führende Persönlichkeiten der fünf Hauptreligionen in China, Buddhismus, Katholizismus, Protestantismus, Islam und Daoismus. Während eines Gespräches mit chinesischen Regierungsbeamten überreichte ihnen Erzbischof McCarrick eine Liste von 36 Bischöfen, Priestern und Laienpriestern, die inhaftiert sind bzw. an der Ausführung ihrer religiösen Tätigkeit gehindert werden. (SCMP, 4. und 11.2.98)

Bei ihrem Treffen mit dem chinesischen Bischof Fu Tieshan, Präsident der Chinesischen Katholischen Patriotischen Gesellschaft, berichtete dieser, daß China momentan 115 katholische Diözesen, ca. 5.000 Kirchen, über 1.000 Priester und mehr als vier Millionen Katholiken beheimate. Zur Ausbildung junger Priester leite die Gesellschaft 31 Seminare, an denen in den letzten 20 Jahren 900 Priester unterrichtet worden seien. Bei seinen Ausführungen betonte er die tolerante Religionspolitik der chinesischen Regierung, fügte aber hinzu, daß das „Versagen des Vatikans“, mit der VR China diplomatische Kontakte aufzubauen, sich ungünstig auf den Katholizismus in China ausgewirkt habe.

In Beijing besuchten die Geistlichen u.a. zwei christliche Kirchen und in einer der beiden, der Chongwenmen-Kirche im Zentrum Beijings, hielt Don Argue eine 15minütige Messe.

Auf ihrer letzten Station, Lhasa, besuchten sie die beiden größten Klöster des tibetischen Buddhismus in China, um die dortigen Bedingungen zu erkunden. Zur „Wahrung der Stabilität in Tibet“ wird seit Mai 1996 in den Klöstern Tibets eine sog. „patriotische Erziehungskampagne“ durchgeführt, um den separatistischen Bestrebungen unter den lamaistischen Mönchen und Nonnen zu begegnen und die „normale Ordnung“ in den Klöstern wiederherzustellen. (Vgl. C.a. 97/12, Ü 27)

Anfang Februar 1998 besuchte Ye Xiaowen, Direktor des Staatlichen Religionsbüros, die USA. In Gesprächen und Pressekonferenzen versicherte er, daß die chinesischen Einwohner die Freiheit zum religiösen Glauben besäßen und es in China momentan über 100 Millionen Gläubige gäbe. In den letzten zehn Jahren seien über 20 Millionen Bibeln veröffentlicht und in den 90er Jahren ca. 600 Kirchen gebaut worden.

Der Menschenrechtsbericht des US State Department basiere stets auf Gerüchten, Verzerrungen, Lügen und Phantasien, so Ye. Ein Beispiel dafür sei, daß der Report sagt, chinesische Regeln schrieben vor, daß sich alle religiösen Körperschaften beim Staatlichen Religionsbüro registrieren lassen und einer offiziellen religiösen Organisation unterstellen müßten. Solch ein Gesetz oder eine Regel gibt es nach Yes Angaben in China gar nicht

Auf den Vorwurf, die chinesische Rechtsprechung verurteile viele Gläubige wegen ihrer Religionszugehörigkeit zu Gefängnisstrafen oder

Arbeitslager, entgegnete Ye, daß in China niemand wegen seines Glaubens verurteilt werde, sondern weil er gegen geltendes chinesisches Recht verstoßen habe. Als Beispiel nannte er die Verurteilung von Xu Yongze, der nach Angaben von Menschenrechtsgruppen im September 1997 wegen seiner missionarischen Tätigkeit zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Xu, so Ye, habe seine Anhänger gezwungen, mehrere Tage hintereinander pausenlos zu schreien und zu weinen. Als Folge davon hätten viele ihre Arbeitsplätze verloren, seien blind geworden und hätten sogar Selbstmord begangen. Deshalb sei Xu nicht wegen seiner missionarischen Tätigkeit verurteilt worden, sondern weil er der Gesellschaft Schaden zugefügt und chinesisches Recht verletzt habe. Vor dem Gesetz, so Ye, seien in China alle gleich, und Chinas Justiz stütze sich ausschließlich auf Fakten. (XNA, 8.2.98)

Detaillierte Angaben zu religiöser Verfolgung in China gibt ein Geheimdokument des Stadt-Parteikomitees von Wuxian, Provinz Zhejiang, von März 1997, das eine Hongkonger Menschenrechtsgruppe erst jetzt bekannt machte. Demnach sei das Kriterium für die Bewertung religiöser Aktivitäten die Loyalität, die diese Vereinigung der KP China und dem Staat entgegenbringe. Jede religiöse Handlung, die diesem „Loyalitätstest“ nicht standhalte, werde als „illegal“ eingestuft und streng behandelt. Zur Unterdrückung von christlichen Aktivitäten, so das Dokument, errichtete Wuxian ein gesondertes Komitee, das geführt werde vom Parteikomitee und von Mitgliedern der Sicherheitsbehörden, Propagandaabteilung, Justiz u.a. Institutionen. Des weiteren liste das Dokument Methoden auf, die zur Unterdrückung des Glaubenslebens herangezogen würden, wie die Überwachung und Überprüfung von Gläubigen, das Säen von Zwietracht, das Verbot religiöser Versammlungen, das Konfiszieren religiöser Propaganda, das Verbot, Jugendliche und Parteikader an religiösen Handlungen teilnehmen zu lassen, die Schließung von Kirchen privater Organisationen oder auch die Verhaftung derer, die Kontakte zu ausländischen Kirchen pflegen. Diese anti-religiösen Aktivitäten seien Teil einer provinzwweiten Unterdrückungskampagne. (CNA, 14.2.98, nach SWB, 16.2.98)

In dieselbe Richtung geht ein Artikel, der auf der Titelseite der Shanghai-Zeitung *Jiefang Ribao* vom 2.2.1998 erschien. In dem Artikel wird das

stark religiöse Leben zur Zeit des Neujahrsfestes beklagt, und geradezu „abschreckend“ findet der Autor, daß unter den Pilgern viele Kader der KPCh seien. Offenbar hätten einige Parteikader ihre Prinzipien und Verantwortung abgelegt und ihren Glauben mit „dekadenten Gefühlen“ vermengt, um „die Führung bei der Teilnahme an abergläubischen Aktivitäten zu übernehmen“. Diese Aktivitäten stellten sie zudem noch als wichtige Angelegenheiten dar, die „die Massen zusammenhalten“. Einige von ihnen, so der Artikel weiter, seien derartig „degeneriert“, daß sie „Trost“ bei den Göttern suchten. Für den Autor des Textes ist „der einzige Glaube für einen Kommunisten (...) der dialektische Materialismus.“ Sollte es einen Gott oder Buddha für einen Kommunisten geben, so seien es die Massen. Das Praktizieren von „religiösem Aberglauben“ der KP-Kader führe nicht nur in eine Glaubenskrise, sondern bringe zudem das Image der Partei in Mißkredit. Dem Aberglauben aber verleihe dies neuen Aufschwung. Aus diesem Grunde solle niemand seine Augen und Ohren vor diesen Praktiken verschließen, so das Ende des Artikels. (*Jiefang Ribao*, 2.2.98, nach SWB, 23.2.98)

Bereits am 4. Februar hatte Joseph Kung, Präsident einer religiösen Menschenrechtsorganisation (Cardinal Kung Foundation) einen Artikel zu dem bevorstehenden Besuch der drei amerikanischen Geistlichen im *Asian Wallstreet Journal* veröffentlicht. In diesem Artikel äußerte er die Befürchtung, daß Beijing den Besuch der drei amerikanischen Geistlichen als Propagandareise für die eigene Religionspolitik ausnutzen könne. Einen objektiven Einblick in die Religionsfreiheit in China könne die Delegation nur bekommen, wenn sie ihre Reiseroute selbst wähle, zu jeder Zeit beliebige Gesprächspartner aufsuchen dürfe, Zugang zu Gefängnissen und Arbeitslagern bekäme, Vertreter von Untergrundkirchen treffen dürfe, Video- und Tonbandaufzeichnungen machen und ohne Überwachung unterwegs sein könne. (AWSJ, 4.2.98) Keiner dieser Punkte ist auf der Reise erfüllt worden. Ganz im Gegenteil, so Gläubige von Untergrundgruppen, hätten die Treffen und Gespräche mit „staatlich-geprüften“ religiösen Figuren den von der Regierung kontrollierten religiösen Einrichtungen einen „Mantel der Legitimität“ verschafft. (IHT, 20.2.98). Jedoch war die Delegation auf Einladung einer Regierungsorganisation nach China

gereist. Aus diesem Grund war ihr Handlungsspielraum stark begrenzt.

Aus der Sicht der chinesischen Regierung brachte die Reise einen Propaganda-Erfolg. Denn nach seiner Rückkehr in die USA meinte Don Argue auf einer Versammlung seiner Gesellschaft, daß die chinesische Regierung „viel Gutes“ für Tibet getan habe und er Sanktionen gegen China unangemessen fände. Darüber hinaus äußerte er, daß die Tibeter, die durch den Buddhismus einer „spirituellen Knechtschaft“ unterlägen, inzwischen „reif“ für die Christianisierung seien. (SCMP, 4.3.98) -su-

10 Erster Todestag Deng Xiaopings – 100. Geburtstag Zhou Enlais

Am 19. Februar 1997 verstarb im Alter von 92 Jahren Chinas „Chefarchitekt“ der Reform- und Öffnungspolitik, Deng Xiaoping. Dings erster Todestag wurde bescheiden mit schlichten Zeremonien begangen. Ganz anders dagegen die Gedenkfeierlichkeiten zu Zhou Enlais 100. Geburtstag am 5. März, die bereits im Februar in großem Umfang anließen. Des ersten Premierministers der Volksrepublik China gedachten verschiedene Organisationen schon während des ganzen Monats mit Ausstellungen, Vorträgen und Reportagen.

Vom 18.-21.2. veröffentlichte die *Volkszeitung* seitenlange Artikel über den „Sohn des chinesischen Volkes“, Deng Xiaoping. Darin wurde er vornehmlich für sein Lebenswerk gelobt, und Jiang Zemin rief die Kader in einem Artikel dazu auf, die Theorie Dings hochzuhalten und auf seinem Weg weiterzugehen. In einem Artikel der Zeitschrift *Qiushi*, den alle großen Tageszeitungen nachdruckten, schrieb Jiang Zemin, daß Deng die Richtung vorgegeben und den Grundstein für die Entwicklung gelegt hat, China aber nun selbst neue Wege finden und eigene Schlüsse aus seinen Erfahrungen ziehen muß. Parteikader rief er auf, ihre Studien über Dings Theorie zu vertiefen, da sie die Garantie für den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung darstellt. Er zitierte seine eigene Rede vom XV. Parteitag der KPCh im letzten September und fordert die Führung der KPCh auf, Dings Theorie zu bereichern und kreativ weiterzuentwickeln. (XNA, 19.2.98)

Auf dem Platz am Tor des Himmlischen Friedens in Beijing fanden keine Feierlichkeiten statt. Dies stand in

scharfem Kontrast zu den ersten Jahrestagen des Todes von Mao Zedong oder Zhou Enlai. (*Ming Bao*, 20.2.98, nach SWB, 24.2.98)

Entgegen den Erwartungen der örtlichen Behörden versammelten sich vor Dings Geburtshaus in Paifeng, Provinz Sichuan, nur etwa 500 Menschen. Vor einem Jahr hatten dort mehrere tausend eine Woche lang um Deng getrauert. Viele der Besucher waren diesmal junge Pioniere, die einen Loyalitätseid auf Deng ablegten, sowie Angehörige der Nationalen Volksarmee (NVK). Der Höhepunkt des Tages dort war die Errichtung einer Bronze-Statue Dings, die eine Kalligraphie Jiang Zemins trug und von der Provinz Henan gestiftet worden war. (SCMP, 19.2.98)

Dings Tochter, Deng Lin, hatte einen der wenigen offiziellen Beiträge organisiert: eine Fotoausstellung mit 112 privaten Bildern im Pekinger Revolutionsmuseum, die der Öffentlichkeit die andere Seite seines Lebens als Vater und Ehemann zeigen sollte. Die hochrangigsten Besucher, die zur Eröffnung kamen, waren Ding Guan'gen, Mitglied des Politbüros und Direktor der Propagandaabteilung des ZKs der KPCh, sowie Wang Rui-lin, Mitglied der Zentralen Militärkommission. Die KPCh hielt nur ein kleines Symposium über Deng ab, und abends wurde eine 90minütige Fernsehdokumentation über ihn ausgestrahlt. In Shenzhen, der Vorzeigestadt für Dings Reformpolitik, wurden keine Kränze vor der großen Deng-Gedächtnistafel niedergelegt. Ein Einwohner meinte sogar, daß die Bevölkerung den Todestag sicher vergessen hätte, wenn in den Zeitungen nicht darüber berichtet worden wäre. Auf die Frage, warum der Tag nicht offiziell gefeiert wurde, äußerten Passanten, daß Deng Xiaoping in den Herzen der Menschen weiterlebe. (SCMP, 19., 20.2.98; *Sing Tao Jih Pao*, 19.2.98, nach SWB, 21.2.98; *Ming Bao*, 20.2.98, nach SWB, 24.2.98)

Ganz im Gegensatz zu der zurückhaltenden Begehung von Dings erstem Todestag wurde des 100. Geburtstages Zhou Enlais schon Wochen im voraus gedacht. Offenbar wurden die Feierlichkeiten zu Zhou's Geburtstag vorgezogen, um eine Terminkollision mit dem IX. Nationalen Volkskongreß im März zu vermeiden.

Neben Seminaren und Fotoausstellungen strahlte der Sender Beijing TV die Serie „Zhou Enlai in den letzten 100 Jahren“ aus. In der *Volkszeitung* fanden sich seit dem 22. Februar viele

lange, teilweise ganzseitige Artikel zu seinem Geburtstag.

Bereits am 16. Februar war in Zhou's Heimatdorf Huaian, Provinz Zhejiang, eine über vier Meter große Marmorstatue vor dem neuen Zhou-Enlai-Museum errichtet worden. (XNA, 20.2.98, SCMP, 17.2.98) Am 23. Februar richtete die KPCh in der Großen Halle des Volkes in Beijing eine Gedenkfeier der höchsten Parteikader aus. Neben Jiang Zemin, Li Peng, Qiao Shi, Zhu Rongji u.a. nahmen 6.000 weitere Kader und wichtige Persönlichkeiten teil.

Ein überdimensionales Porträt von Zhou schmückte den Saal. In seiner langen Rede rief Jiang Zemin alle Parteimitglieder, Offiziere, Armeeangehörige und das ganze Volk auf, vom „erhabenen Geist“ Zhou's zu lernen und ihre eigenen Pflichten zu bedenken. Zhou habe stets an das Volk gedacht, hart gearbeitet, selbst ein einfaches Leben geführt und seine offiziellen Pflichten voll erfüllt. Er stelle deshalb auch in der heutigen Zeit ein Vorbild dar.

Jiang hob hervor, daß Zhou eine zentrale Rolle im wirtschaftlichen Aufbau gespielt habe. Gemeinsam mit Liu Shaoqi, Chen Yun und Deng Xiaoping habe er zum wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen, nachdem der „Große Sprung nach vorn“ zu einem schweren wirtschaftlichen Einbruch geführt hatte. Zhou habe stets die Bedeutung von Wissenschaft und Technik sowie der Intellektuellen geschätzt. Sein Geist solle weiterhin die Partei und die Angehörigen aller ethnischen Gruppen ermutigen, China unter der Leitung des Zentralkomitees der KPCh zu einem blühenden, demokratischen und zivilisierten sozialistischen modernen Staat zu machen. (XNA, 24.2.98; SCMP, 24.2.98) -su-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

11 Staatlicher Fonds für wissenschaftliche Publikationen

Seit Mai 1997 besteht ein staatlicher Fonds für die Publikation naturwissenschaftlicher und technologischer Arbeiten (vgl. dazu C.a.,